Stand: 13.12.2025 05:01:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1128

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2024/2025; hier: Hafenförderung erhöhen (Kap. 09 09 Tit. 883 90)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1128 vom 28.03.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2063 des HA vom 10.04.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 9)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 28.03.2024 **Drucksache** 19/**1128**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle, Josef Zellmeier, Jürgen Baumgärtner, Daniel Artmann, Konrad Baur, Barbara Becker, Maximilian Böltl, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Petra Högl, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Josef Schmid, Thorsten Schwab, Werner Stieglitz** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Hafenförderung erhöhen
(Kap. 09 09 Tit. 883 90)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 09 09 wird der Ansatz im Tit. 883 90 (Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Errichtung von Güterumschlaghäfen) für das Jahr 2024 von 2.327,5 Tsd. Euro um 1.000,0 Tsd. Euro auf 3.327,5 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 13 02 wird der Ansatz im Tit. 893 06 (Verstärkung von Investitionsmaßnahmen) für das Jahr 2024 um 1.000,0 Tsd. Euro gekürzt.

Begründung:

Bayern besitzt eine große Anzahl von Häfen. Diese sind von hoher Bedeutung, da sie Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasser verknüpfen und damit multimodale Transportketten ermöglichen. Um neben den laufenden Maßnahmen auch anstehende Großprojekte fördern zu können, ist eine Erhöhung der allgemeinen Förderung notwendig.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2063 des HA vom 10.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Michael Hofmann
Abg. Benjamin Nolte
Abg. Martin Behringer
Abg. Jürgen Mistol
Abg. Markus Striedl
Abg. Sabine Gross
Abg. Jürgen Baumgärtner
Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Staatsminister Christian Bernreiter
Abg. Florian von Brunn

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Haushaltsplan 2024/2025

Einzelplan 09

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

hierzu:

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/884 mit 19/900)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/901 mit 19/908)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/909 mit 19/925)
Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/926 mit 19/929, 19/1128, 19/1150, 19/1151 und 19/1511)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/930 mit 19/934)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 45 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/904 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten den Haushalt für Wohnen, Bau und Verkehr, im Gesamtkonstrukt des bayerischen Haushalts wirklich ein echter Brummer unter den Einzelplänen.

Wir haben im Doppelhaushalt 2024/2025 hierfür 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Daran sollten wir ihn aber allein nicht messen,

(Widerspruch bei der AfD)

sondern wir sollten zusätzlich den Blick darauf richten, dass auch Verpflichtungsermächtigungen letzten Endes in Höhe von 14,5 Milliarden Euro mit ausgebracht werden.Ich kann den Herrn Staatsminister, lieber Christian Bernreiter, zu solchen Zahlen und einem solchen Ergebnis nur beglückwünschen. Der Etat wird auf hohem Niveau fortgesetzt, und die Erhöhungen der letzten Jahre werden fortgeführt.

Beim Etat für Wohnen, Bau und Verkehr geht es freilich um Wohnraum, die Förderung von Studentenwohnraum und den Ausbau der Staatsstraßen. Zu diesen Themen wird der Kollege Baumgärtner weitere Ausführungen machen. Mein Redebeitrag bezieht sich eher auf den Schienenverkehr und auf die ÖPNV-Mittel. Man kann feststellen, dass wir auf einem hohen Niveau weitermachen. Im Jahr 2024 geben wir eine Summe von etwa 1,5 Milliarden Euro für Schienenbestellungen aus, im Jahr 2025 1,8 Milliarden: hinzu kommen über 400 Millionen Euro für die Schieneninfrastruktur. Es ist etwas ärgerlich, da der Freistaat in die Infrastruktur freiwillige Leistungen stecken muss, obwohl das Aufgabe des Bundes wäre. Wenn wir aber wollen, dass es vorwärtsgeht, dann müssen wir in bestimmten Bereichen mit freiwilligen Mitteln unterstützen. Aber diese Wunschliste ist nicht endlos. Wir erwarten natürlich, dass der Bund auch weiterhin liefert. An dieser Stelle geht es auch um die Frage, lieber Herr Staatsminister, wo bleiben denn dann die Regionalisierungsmittel, die wir dringend in einer gewissen Höhe brauchen. Was macht der Bund? Es ist immer schön, wenn sich Parteien hinstellen und erklären, dass sie für Ökologie und Klimaschutz stehen, aber am Ende des Tages nicht die Voraussetzungen schaffen, damit wir im Schienenverkehr vorwärtskommen. Das ist besonders ärgerlich.

Insgesamt ist der Freistaat aber bei der Schieneninfrastruktur gut unterwegs mit 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2024 und im Jahr 2025 mit 2,3 Milliarden Euro. Auch das lässt sich hervorragend sehen.

Ich komme zum ÖPNV und zum Bus: Die sind in Kombination mit dem Deutschlandticket zu sehen. Da gibt es tatsächlich ein kleines Ärgernis. Der Freistaat hat 317,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die 317,5 Millionen des Bundes mitzunehmen, um das 49-Euro-Ticket im Freistaat anbieten zu können. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern muss man aber festhalten, dass Bayern als Flächenland deutlich schlechter abschneidet. Das ist höchstgradig ärgerlich. Nichtsdestoweniger leistet der Freistaat beispielsweise im Länderfinanzausgleich über 9 Milliarden Euro. Wir könnten es unserer Bevölkerung nicht erklären, wenn der Bund 317,5 Millionen Euro zur Verfügung stellt und wir sie nicht abrufen würden zur Unterstützung der Menschen, um das 49-Euro-Ticket anbieten zu können. Nichtsdestoweniger bleibt die Fundamentalkritik an dieser Stelle klar vorhanden. Es wäre sinnvoller gewesen, die Mittel zuerst einmal in eine anständige Angebotsstruktur zu stecken und nicht in solche Tickets. Ich freue mich für die Stadtbewohner, aber wir sind ein Flächenland, und am Ende des Tages ist es für die Menschen im ländlichen Raum sehr schwierig, das 49-Euro-Ticket in aller Gänze zu nutzen und auszunutzen. Deswegen muss man sich das auf Bundesebene schon gut überlegen. Wir wären schon froh, wenn Sie uns sagen könnten, dass diese Mittel auch zukünftig vorhanden sein werden. Aber da ist es ähnlich wie bei den Regionalisierungsmitteln: Man kann froh sein, wenn der Bund im nächsten Jahr einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen kann; wir lassen uns überraschen.

Wir machen heute mit diesem Doppelhaushalt schon den ersten Schritt. Wir stellen den Haushalt nicht nur für 2024 auf, sondern auch für 2025. Damit haben alle Akteure in diesem Bereich Planungssicherheit, wie sie das vom Freistaat Bayern gewohnt sind. Deswegen bitte ich um Zustimmung. Meine Redezeit ist jetzt abgelaufen, und der Kollege Baumgärtner wird den Rest des Etats vorstellen. Ich wünsche mir aber schon jetzt, dass Sie dem Etat nach den Beratungen zustimmen. Der Freistaat Bayern

hat es verdient, die Menschen in unserem Land haben es verdient, und der Herr Staatsminister Bernreiter hat sich hervorragend eingesetzt, einen solchen Etat aufzustellen. Deswegen hat auch er die Zustimmung verdient. – Ich danke ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hofmann. – Jetzt hat der Abgeordnete Nolte für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Im Haushaltsentwurf der Staatsregierung finden sich schon ein paar ganz besondere Schmankerl. So will man zum Beispiel die Busflotten bis spätestens 2040 auf Elektroantrieb umrüsten. 400 Elektrobusse sollen pro Jahr gefördert werden. Also, falls es bei Ihnen noch nicht angekommen ist: Elektrobusse sind technologisch nicht ausgereift und auch wirtschaftlich nicht sinnvoll. Sie bringen weder einen ökologischen noch einen wirtschaftlichen Nutzen. Es handelt sich um ein reines Ideologieprojekt und um die reine Subvention unwirtschaftlicher Technologien. Diese Busse werden auch nicht dadurch wirtschaftlicher oder ökologischer, dass man sie als Klimabusse bezeichnet. Wie darf ich mir das dann vorstellen? – Steht dann die linke Schickeria auf ihren Cocktailpartys rum mit einem Sektglas in der Hand und prostet sich zu und sagt stolz, ich bin mit dem Klimabus hergekommen, und kommt sich dann besonders toll vor?

(Widerspruch der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

Der ehrliche Arbeiter wird zwar nicht zur Party eingeladen, aber er darf den links-grünen Irrsinn mit dem Geld bezahlen, das er sich hart erarbeitet hat.

(Beifall bei der AfD)

Stecken wir das Geld doch lieber in die Infrastruktur – Umbau, Ausbau sowie Bestandserhalt der Staatsstraßen, die haben es bitter nötig. Am Ende haben alle etwas davon. Das erscheint mir auch deutlich sinnvoller als Dachbegrünungen oder Photovoltaikanlagen auf staatlichen Gebäuden, vielleicht auch beides gleichzeitig, keine Ahnung, ob das funktioniert.

Weil wir offensichtlich noch nicht genug Beamte in Bayern haben, die noch nicht genug Geld kosten, der Wasserkopf also noch nicht groß genug ist, soll auch hier kräftig nachgelegt werden. Entbürokratisierung funktioniert sicherlich nicht, indem man zusätzliche Stellen für Beamte schafft.

Die Klimaideologie darf natürlich im links-grünen Haushaltsentwurf der links-grünen Staatsregierung nicht fehlen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Links-grüne Staatsregierung? Sie haben wohl die falsche Rede? Das ist die Rede für die Bundesregierung! Aufpassen!)

Die Ausgaben können wir uns allerdings gerne sparen.

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Im besten Falle ist es rausgeworfenes Geld, im schlimmsten Falle sind die Maßnahmen für unsere Wirtschaft in Bayern maximal schädlich. Selbst wenn man diese ganzen Schauermärchen vom menschengemachten Klimawandel glaubt, muss es doch mittlerweile selbst dem Dümmsten klar sein, dass wir mit unserem – im weltweiten Vergleich doch recht überschaubaren – CO_2-Ausstoß in Bayern das Wetter in hundert Jahren nicht verändern werden, zumindest nicht solange China, Indien oder die USA fröhlich weitermachen wie bisher.

Wissen Sie was, ich habe übrigens eine Vermutung, warum das Thema Klimaschutz in China keine so große Rolle spielt wie in Deutschland. In China haben sie bereits eine kommunistische Diktatur mit Überwachungsstaat; die brauchen dort keine Schauermärchen mehr, um eine solche einzuführen.

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Nebenbei funktioniert in China auch die Wirtschaft, das sieht bei uns zunehmend anders aus.

Schauen wir gerne weiter: Es ist ja schön und gut, dass das großstädtische Milieu durch das Deutschlandticket das reichhaltige Angebot des ÖPNV in den Ballungsräumen noch günstiger nutzen kann. Wenn man jedoch die Menschen dazu bringen möchte, auf Bus und Bahn umzusteigen, wäre es vielleicht eine gute Idee, in das ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum zu investieren. Wenn in einem Dorf nur zweimal am Tag der Bus fährt, dann haben die Leute nicht viel davon, dass sie mit dem Ticket theoretisch bis nach Hamburg fahren können.

Jetzt kommt aber das Thema, auf das Sie alle gewartet haben: die illegale Masseneinwanderung. Ja, irgendwo müssen die Leute ja wohnen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Die Kosten sollen doch bitte die tragen, die die Grenzen geöffnet haben. Die Einladung an die ganze Welt, es sich im deutschen Sozialsystem gemütlich einzurichten, ging nicht von der Bayerischen Staatsregierung, sondern von der Bundesregierung aus. Es war zwar auch die CSU ganz vorne mit dabei, die Kosten möge doch bitte nach dem Verursacherprinzip der Bund tragen.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte Ihnen eine Schlagzeile vom Montag zitieren, die zeigt, wie es mittlerweile in Bayern auf dem Immobilienmarkt zugeht:

> "Für Einheimische zu teuer: Ziehen jetzt Asylbewerber in Luxusimmobilie? – Inning am Holz ist eine kleine Gemeinde mit rund 1.500 Einwohnern in Oberbayern. Es rumort im Ort – ein Investor hat in der Ortsmitte ein Grundstück gekauft. Auf der Fläche entstehen nun mehrere Mehrfamilienhäuser im Luxussegment. Die

> Wohnungen sind mit einem Verkaufspreis von rund 8.000 Euro pro Quadratmeter angesetzt, was deutlich über den üblichen Preisen im Landkreis liegt. Um einem etwaigen Leerstand zu entgehen, erwägt der Bauträger, die Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten."

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Die Einheimischen können sich die Immobilien nicht leisten; deswegen wird an Flüchtlinge vermietet. Für die ist das Geld ja da. Bezahlt wird es dann von denjenigen Einheimischen, die sich selbst diese Wohnungen nicht leisten können. Armes Deutschland, armes Bayern!

(Beifall bei der AfD)

Dabei wäre die Lösung hier recht einfach: Abschieben schafft Wohnraum, Remigration entlastet den Staatshaushalt. Dann wären die Mittel zur Abwechslung auch mal für die eigenen Leute da. Die gibt es nämlich auch noch. Das scheint der eine oder andere hier ja gerne zu vergessen. Kein Problem, ich erinnere gerne daran. Dann haben die eigenen Leute nämlich auch mal etwas von dem Geld, das sie hart erarbeiten und das der zunehmend räuberische Staat ihnen abpresst.

Unsere Vorschläge hierfür liegen auf dem Tisch. Wir hätten da zum Beispiel ein Modellprojekt für 3D-Gebäudedruck für den sozialen Wohnungsbau im Angebot. Ein hoch spannendes Thema, so viel kann ich Ihnen sagen. Man muss es nur wollen.

Oder wie wäre es zum Beispiel mit einem Zuschuss an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften? Klingt gut, nicht wahr? Jedenfalls besser als so manches, das Sie uns hier und dem bayerischen Steuerzahler vorgesetzt haben.

Noch mal zur Erinnerung, liebe Kollegen Abgeordnete des Bayerischen Landtages: Das Geld, über das wir hier sprechen, ist nicht unser Geld. Das ist das Geld der bayerischen Bürger, der bayerischen Steuerzahler. Darum Schluss mit Geldverschwendung

für Projekte für die links-grüne Blase, und das Geld denen, die es erarbeiten! Gebt den Bürgern ihr Geld zurück!

Liebe Kollegen, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche weiterhin einen fröhlichen Stolzmonat.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Behringer für die FREIEN WÄHLER.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Nolte, ich muss Ihnen mal ganz klar sagen: Wenn wir bei jedem Spruch, den Sie und Ihre Fraktion hier vorne ablassen, hier drinnen einen heben würden, dann, glaube ich, wäre der Rest des Parlaments nach einer halben Stunde schon besoffen. Es ist einfach nur noch unerträglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der AfD)

Es ist einfach nur unerträglich, und mehr kann man dazu nicht sagen. Statt sich auf die Kernpunkte zu konzentrieren, haben Sie nichts anderes zu tun, als nur zu hetzen; sonst nichts.

Aber jetzt zu meiner Rede zum Doppelhaushalt 09 für die Jahre 2024 und 2025. Natürlich möchte ich besonders auf die Themen Bau und Verkehr eingehen, die nach meiner Ansicht sehr wichtig für die Entwicklung unseres Freistaates sind und von zentraler Bedeutung in Bayern. Dies spiegelt sich im Doppelhaushalt auch wider. Die Haushaltsansätze für 2024 sind um 5,1 % auf rund 6,3 Milliarden Euro gestiegen, und 2025 werden noch mal 5,9 % draufgepackt. Somit steigt der Haushalt in diesem Bereich auf 6,7 Milliarden Euro.

Jetzt zur Wohnraumförderung: Wir stehen aktuell vor der Aufgabe, die Wohnraumförderung in Bayern nachhaltig aufzustellen und den Bedürfnissen unserer wachsenden Bevölkerung gerecht zu werden. Ich möchte an dieser Stelle der Staatsregierung für die Verstetigung der Wohnbaumilliarde im Doppelhaushalt danken. Die deutliche Aufstockung der Förderung war ein wichtiger Schritt, um den Wohnungsbau zu unterstützen. Dass wir in Zeiten geringer Steuereinnahmen und knapper Kassen an der Wohnbaumilliarde festhalten, ist ein absolut starkes Signal.

Bereits heute fehlen 200.000 Sozialwohnungen in Bayern. Gleichzeitig wird unsere Bevölkerung – wenn die Statistik so stimmt – bis 2042 um weitere 600.000 Menschen anwachsen. Innerhalb von zwei Jahren haben sich die Genehmigungszahlen beim Wohnungsbau jedoch nahezu halbiert. Am Bau herrscht Flaute. Erst vorgestern hat das Baugewerbe einen "beispiellosen Nachfragerückgang beim Wohnungsbau" festgestellt. Mit den im Doppelhaushalt verankerten Fördermitteln kämpfen wir gegen die Flaute am Bau. Wir werden genau hinschauen, ob die Mittel dementsprechend auch ausreichend sind.

Was ist zu tun? – Auf Landesebene muss der Ersterwerb von Immobilien erleichtert werden. Wir können uns vorstellen, bei den Kaufnebenkosten anzusetzen. Des Weiteren bedarf es einer stärkeren Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Ein wesentlicher Punkt ist auch die Entrümpelung des Baurechts. Wir wollen und müssen die Bayerische Bauordnung praxistauglicher gestalten. In Zeiten knapper Kassen ist das eine zentrale Maßnahme, weil sie den Steuerzahler nichts kostet und für eine massive Entlastung sorgen kann.

Ich möchte auch auf die Holzbauförderung eingehen. Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 35 Millionen Euro pro Jahr sind ein deutliches Zeichen für einen nachhaltigen Bau. Im Koalitionsvertrag haben wir die Weiterentwicklung des Förderprogramms und die Ausweitung auf weitere klimafreundliche Baustoffe vereinbart, hin

zu einer echten Baustoffneutralität. Mein Dank gilt den Zuständigen im Ministerium, die bereits an der Umsetzung dieser Maßnahme arbeiten.

Auf Bundesebene muss die EU-Sanierungsrichtlinie schonend umgesetzt werden, damit sie die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordert. Zudem ist eine zuverlässige und langfristige Finanzierung der KfW-Förderprogramme nötig. Die Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungsteuer und die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer sind weitere Maßnahmen, die jetzt zu ergreifen sind, um den Bausektor zu stabilisieren. Aber leider versteckt sich der Bund weiterhin hinter der Schuldenbremse, statt endlich in die Zukunft zu investieren.

Zusammengefasst: Wir stehen vor großen Herausforderungen, aber auch vor großen Chancen. Mit der richtigen Förderung und den notwendigen politischen Maßnahmen können wir den Wohnungsbau in Bayern nachhaltig stärken und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Kommen wir nun zum Verkehr. Wir haben für die Planung und den Bau der zweiten Stammstrecke München im Doppelhaushalt insgesamt 250 Millionen Euro veranschlagt. Für die Stadt und das Umland von München ist der Bau eine wichtige Entlastungsmaßnahme. Jedoch darf darunter der Ausbau der Mobilität im ländlichen Raum nicht leiden. Im Unterausschuss "Zukunft Stammstrecke" werden wir dies aufmerksam beobachten.

Kürzlich haben wir beschlossen, den Dauerbetrieb auf der Waldbahn-Strecke Gotteszell – Viechtach einzuführen. Mein Dank gilt dem Verkehrsminister, dass dieser Beschluss des Landtages so schnell umgesetzt wurde. Dennoch gibt es weiterhin Handlungsbedarf bei der Reaktivierung von Bahnstrecken. Die Opposition hat Mittel für Investitionszuschüsse für die Schieneninfrastruktur auf Reaktivierungsstrecken beantragt. Wir sehen jedoch den Bund in der Pflicht, in dessen Verantwortungsbereich die Schieneninfrastruktur liegt. Wir haben die Staatsregierung gebeten, im Verkehrsaus-

schuss über die Streckenreaktivierung zu berichten und dabei das Tausenderkriterium kritisch zu beleuchten.

Im Doppelhaushalt sind 635 Millionen Euro pro Jahr für das Deutschlandticket veranschlagt. Obwohl die preiswerte Beförderung durch das Deutschlandticket vom Bahnkunden geschätzt wird, ist klar, dass das Geld, das in die Subventionierung des Deutschlandtickets fließt, an anderer Stelle beim Ausbau und beim Erhalt der Eisenbahninfrastruktur fehlt. Investitionen des Bundes sind dringend nötig, um wieder ein zuverlässiges Verkehrsangebot zu gewährleisten. Ich möchte auch anmerken, dass das 49-Euro-Ticket bisher kaum spürbare Veränderungen im ländlichen Raum gebracht hat. Weder bei der Nutzung des Autos noch bei der Nutzung des ÖPNV gibt es hier wesentliche Veränderungen.

Es ist wichtig zu beachten, dass in vielen Regionen Busse vor allem während des Schülerverkehrs stark frequentiert sind. Diese Zielgruppe fährt sowieso mit dem Bus. Darüber hinaus ist die massive Kürzung des Bundeszuschusses für die Benutzung der Bahngleise – ich spreche von den Trassenpreisen – nicht gerade förderlich für den Gedanken der Verlagerung von Gütern von der Straße auf die Schiene. Das wiederum führt zu einer massiven Belastung unserer Straßen, Brücken und auch der Autobahnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als regelmäßiger Bahnfahrer kann ich aus persönlicher Erfahrung sagen: Die im Doppelhaushalt für das 49-Euro-Ticket eingestellten 635 Millionen Euro wären auch als Investitionsmittel für die Schiene gut brauchbar.

Ich komme nun zum letzten Punkt. Im bayerischen Koalitionsvertrag haben wir das ehrgeizige Ziel von jährlich 400 neuen Klimabussen festgeschrieben. Im Doppelhaushalt sind die entsprechenden Mittel bereitgestellt. Während wir in die Zukunft investieren, kürzt der Bund massiv an klimafreundlichen Bussen und Lkws mit Wasserstoff- und Elektroantrieb. Bis zum Jahr 2028 fehlen uns 210 Millionen Euro. Berlin muss

endlich wieder in die Förderung einsteigen, damit unsere Investitionen nicht ins Leere laufen.

Meine Damen und Herren, es liegt an uns, die Zukunft des Verkehrs in Bayern und darüber hinaus zu gestalten. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Entscheidungen nicht nur die aktuellen Bedürfnisse befriedigen, sondern auch die kommenden Generationen berücksichtigen. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zum Einzelplan 09.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Behringer. – Der nächste Redner ist der Kollege Jürgen Mistol für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wartelisten für geförderte Wohnungen in Bayerns Städten sind lang. In München sind rund 30.000 Haushalte gemeldet. In Nürnberg sind es rund 7.500. In Augsburg sind es 2.100. Neu ist aber, dass auch in vielen kleinen und mittleren Städten bezahlbare Wohnungen fehlen. Laut Pestel-Institut fehlen in ganz Bayern fast 200.000 Sozialwohnungen. Die Ausgaben für das Wohnen überlasten mittlerweile schon jeden dritten Mieterhaushalt. Viele junge Leute, Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende und Familien sind davon betroffen.

Der im Frühjahr 2023 eingesetzte Wohnbau-Booster ist leider nur ein bescheidenes Tischfeuerwerk. Es ist erfreulich, dass mit ihm die Förderkonditionen deutlich verbessert wurden. Ohne eine deutliche Erhöhung der Landesmittel bleibt er jedoch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Statt dass mehr Wohnungen öffentlich gefördert wurden, sind im Jahr 2023 wieder weniger Wohnungen bewilligt worden als im Vorjahr. Bei einer Vielzahl von Wohnungen

läuft in den nächsten Jahren die Sozialbindung aus. Einer Prognose der Staatsregierung zufolge ist bis zum Jahr 2030 ein Minus von knapp 22 % zu erwarten. Über 29.000 weitere Wohnungen sollen bis dahin aus der Bindung herausfallen. Seit 2015 sind in Bayern rund 42.000 Wohnungen aus der Bindung herausgefallen. Im gleichen Zeitraum sind nur rund 28.000 geförderte Mietwohnungen hinzugekommen. Auch beim staatlichen Wohnbau geht es nur im Schneckentempo voran. Die BayernHeim hat im Jahr 2023 gerade einmal 33 Wohnungen hinzugewonnen. Die ohnehin magere Marke von 89 Wohnungen hat sie damit krachend verfehlt. Ich erinnere nur mal daran: 10.000 neue Wohnungen sollte die BayernHeim bis zum Jahr 2025 bauen. Das hatte Markus Söder angekündigt. Bis dato hat sie nur 267 Wohnungen selbst gebaut. Dieses Ziel bis zum Jahr 2025 – es sind nur noch sieben Monate Zeit – zu erreichen, wird sportlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angesichts des dramatischen Mangels an bezahlbarem Wohnraum steigen die Mieten allerorts nahezu ungebremst weiter. Ohne ein soziales Gegengewicht auf dem Wohnungsmarkt werden sich Armut und soziale Ungleichheit im Freistaat verschärfen. Für dieses soziale Gegengewicht trägt die Regierung Söder die Verantwortung. Sie müsste den öffentlich geförderten Wohnungsbau spürbar stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bund stellt angesichts der Krise im Bausektor und der steigenden Nachfrage nach Mietwohnraum die Weichen richtig und wird den Ländern bis 2027 über 18 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Ein solches Signal vermisse ich in Ihrem Haushalt. Die Landesmittel werden gerade einmal um 30 Millionen Euro pro Haushaltsjahr erhöht, während der Bund rund 156 Millionen Euro für die nächsten beiden Jahre nur für Bayern bereitstellt, und zwar obwohl der soziale Wohnungsbau seit dem Jahr 2006 eigentlich ausschließlich Ländersache ist. Zwar schimpfen Sie bei jeder Gelegenheit auf die Bundesregierung; zur Wahrheit gehört aber auch, dass diese Rekordsumme in der bayerischen Wohnbauförderung in erster Linie den wachsenden Bundesmitteln zu verdanken ist. Der

Freistaat muss nachlegen. Vor diesem Hintergrund fordern wir GRÜNE für den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau für die nächsten fünf Jahre ein bayerisches Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro. Die Nachfrage ist groß; schließlich waren die Mittel aus dem Wohnungsbauprogramm im letzten Jahr bereits frühzeitig abgerufen. Obendrein bedient sich auch die BayernHeim weiterhin aus dem bestehenden Fördertopf.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns hier und heute an einem Strang ziehen, um in den nächsten Jahren eine gesicherte Mittelausstattung bei der Wohnraumförderung gewährleisten zu können; denn Wohnen muss bezahlbar sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch ein paar Sätze zur Verkehrspolitik sagen. Der Verkehr ist das große Sorgenkind beim Klimaschutz. Nirgendwo kommen wir beim Erreichen der Klimaziele so wenig voran wie beim Verkehr. Die letzten Tage führten uns in schrecklicher Weise vor Augen, was die in Zukunft häufiger auftretenden Unwetter anrichten können. Die "Tagesschau" hat online getitelt: "Mehr Wärme, mehr Wolken, mehr Regen". Der Zusammenhang mit der Erdüberhitzung ist offenkundig. Was macht die Bayerische Staatsregierung? – Sie setzt auf den Straßenbau.

(Martin Wagle (CSU): Das nennt man "Ausbau der Infrastruktur"!)

Ich kommentiere das analog: mehr Straßen, mehr Autos, mehr Schaden.

(Martin Wagle (CSU): "Mobilität" nennt man das – auch im ländlichen Raum!)

Die Staatsregierung lässt im Bereich Mobilität nicht den kleinsten Schritt erkennen, der die Emissionen wenigstens in einem gewissen Umfang reduzieren würde. Auch die soziale Dimension, ein Mobilitätsangebot für alle Menschen in ganz Bayern zu schaffen und nicht nur für Autofahrer und Menschen in den Großstädten, hat die Staatsre-

gierung ebenfalls nicht auf dem Schirm. Bayern ist beim Thema flächendeckender ÖPNV Spitzenreiter, aber leider von der negativen Seite; denn Bayern ist beim flächendeckenden ÖPNV im bundesweiten Vergleich das Schlusslicht.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich muss sagen: Einem guten ÖPNV kommen wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf keinen Schritt näher. Mit unseren Änderungsanträgen zeigen wir GRÜNE jedoch konkrete Verbesserungen auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Zustand unserer Straßen ist an vielen Stellen schlecht. Viele Straßen sind löchrig. Wir GRÜNE wollen kaputte Straßen schneller sanieren, statt Straßen neu zu bauen. Das beim Straßenneubau gesparte Geld investieren wir lieber in die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken im ländlichen Raum; denn dann rentiert sich das 49-Euro-Ticket vielleicht auch im Landkreis Freyung-Grafenau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege, wir wollen das Geld in bessere Bahnangebote investieren. Wir unterstützen die Kommunen bei der Stärkung des Bus-, des Rad-, des Fuß- und des Trambahnverkehrs. Fazit: Die Verkehrswende wird mit Ihrem Haushaltsentwurf für zwei weitere Jahre verschlafen, und es wird noch mehr Fläche für Straßen zubetoniert. Das wollen wir GRÜNE ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Abschluss bitte ich Sie, unseren Änderungsanträgen zuzustimmen. Stärken Sie die Klimaziele. Sorgen Sie für soziale Mobilität und bezahlbaren Wohnraum. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Markus Striedl von der AfD-Fraktion.

Markus Striedl (AfD): Sehr geehrter Kollege Mistol, Sie haben gesagt, Sie möchten Bahnstrecken auf dem Land reaktivieren. Ihnen ist sicherlich bewusst: Ein Zug hält weder beim Bäcker noch am Friedhof. Wie ist denn Ihre konkrete Vorstellung? Möchten Sie den Busverkehr dann reduzieren oder abschaffen? Oder möchten Sie eine teure und ineffiziente Doppelstruktur schaffen, indem ein Bus fährt, der am Bahnhof, beim Bäcker und am Friedhof hält? Oder wie sind Ihre Vorstellungen?

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Striedl, der Bahnverkehr ist das Grundgerüst eines guten ÖPNV. Es gibt Untersuchungen, dass Bahnstrecken in Bayern auch reaktivierungswürdig sind. Deswegen wollen wir diejenigen Strecken, die die Staatsregierung selbst reaktivieren möchte, schnell reaktivieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Behringer von den FREIEN WÄHLERN.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Mistol, da Sie mich persönlich angesprochen und den Landkreis Freyung-Grafenau konkret genannt haben, habe ich mich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Sie haben gerade gesagt, Sie wollen keine neuen Straßen mehr bauen, sondern nur noch bestehende Straßen reparieren bzw. diese überasphaltieren. Ich glaube aber, auch der ländliche Raum hat es verdient, eine gute Straßenanbindung zu haben. Er hat es genauso verdient, Straßenanbindungen zu haben, die befahrbar sind, und zwar sowohl für Lkws als auch für Autos. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, heißt das, wir würden nur noch Eisenbahnlinien oder Schienen reaktivieren; aber es führt leider nicht überall eine Schiene hin. Dementsprechend brauchen wir auch neue Straßen im ländlichen Raum. Oder sehen Sie das anders?

Jürgen Mistol (GRÜNE): Wir wollen das bestehende Straßennetz erhalten. Ich glaube, dieses ist ganz gut. Ich komme aus der Oberpfalz. Dort ist das Straßennetz ähnlich aufgebaut wie im Bayerischen Wald.Da gibt's relativ viele gute Straßen. Ich bin auch schon im Landkreis Freyung-Grafenau unterwegs gewesen und habe nicht den Eindruck gehabt, dass man da nicht ganz gut von A nach B kommt. Ich glaube, wenn wir dieses Straßensystem gut erhalten, dann ist es viel besser, als wenn wir immer wieder neue Straßen bauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Mistol. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Sabine Gross das Wort.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucher! Eine angemessene, bezahlbare Wohnung zu haben, ist ein Menschenrecht. In der Bayerischen Verfassung wird der Bau billiger Volkswohnungen ausdrücklich auch als Staatsaufgabe definiert.

Aber 2024 ist der Wohnungsmangel in Bayern so groß wie seit 15 Jahren nicht mehr. Wir haben es schon gehört: In Bayern fehlen fast 200.000 Sozialwohnungen. Bis 2030 werden weitere 29.070 Wohnungen aus der Belegungsbindung fallen. Der Wohnungsneubau insgesamt stagniert.

(Martin Wagle (CSU): Bundesweit!)

2023 wurden in Bayern 24,7 % weniger Baugenehmigungen für Wohnungen als im Vorjahr erteilt. Im ersten Quartal 2024 sanken die Genehmigungen um weitere 18,5 %.

Hinzu kommt der Bauüberhang – also das Abstoppen bzw. Verschieben bereits zum Bau freigegebener Projekte –, der zum 31.12.2023 bei 47,9 % lag.

(Martin Wagle (CSU): Weil durch das Bundeschaos die Planungssicherheit fehlt!)

Wenn das so weitergeht, wird sich der Mangel an Wohnungen – insbesondere an bezahlbaren Wohnungen – unaufhaltsam verschärfen.

Hinzu kommt, dass der Bedarf an Wohnraum stetig steigt.

(Ferdinand Mang (AfD): Woran das wohl liegt?)

Das Landesamt für Statistik prognostiziert für Bayern bis 2042 einen Bevölkerungszuwachs von 600.000 Menschen. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Bayern kann ohne Übertreibung als dramatisch bezeichnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Im Januar 2023 waren 32.380 Menschen in Bayern wohnungslos – ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr; da waren es noch 17.910. Die steigende Zahl an wohnungslosen Menschen ist ein Indikator dafür, dass sich der Wohnungsmangel in Bayern, zumindest in den Ballungsgebieten, schon zu einer echten Wohnungsnot entwickelt.

Seit 2006 – wir haben es schon gehört – ist die Wohnraumförderung Ländersache. Offizielles Ziel der Staatsregierung ist es, 70.000 Wohnungen pro Jahr zu schaffen. Dieses Ziel wurde seit Jahren nicht mehr erreicht. 2024 wird es wohl erneut verfehlt werden.

Wir haben es auch schon öfter gehört: 2018 versprach Ministerpräsident Dr. Markus Söder, bis 2025 10.000 neue bezahlbare Wohnungen zu bauen. Auch dieses Ziel wird wohl nicht erreicht werden.

Die BayernHeim GmbH baut zwar, aber nach ihren eigenen Planzahlen sollen bis Ende 2025 lediglich 1.561 Wohnungen fertiggestellt werden. Selbst bis 2030 wird nach der vorliegenden Planung lediglich ein Drittel der versprochenen 10.000 Wohnungen fertiggestellt werden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hört sich aber ganz anders an, wenn man mit denen spricht!)

Das Problem des Wohnraummangels muss endlich entschlossener angegangen werden.

Während der Bund seine Mittel für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus 2024 trotz Haushaltskonsolidierung um 20,63 % erhöht hat, tut Bayern das nicht. Wenn Staatsminister Bernreiter gegenüber der Presse ausführt, dass man im vergangenen Jahr 864 Millionen Euro in die Wohnungsbauförderung investiert hat und dieses Jahr eine ganze Milliarde ausgeben will, dann lässt er unerwähnt, dass auch entsprechend mehr Bundesmittel zur Verfügung stehen.

Der Freistaat ist hier aber selbst gefordert. Die Länder sind beim sozialen Wohnungsbau zur Kofinanzierung verpflichtet. Deshalb hat die SPD auch gefordert, im Kapitel 09 04 die Verpflichtungsermächtigung im Titel "Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung" für 2024 um 465 Millionen Euro und für das Jahr 2025 um 517 Millionen Euro zu erhöhen. Damit – und zusammen mit den anderen Eigenmitteln – würde tatsächlich eine eigene bayerische Wohnungsmilliarde zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich würden noch die Bundesmittel in Höhe von 490 Millionen Euro für 2024 und von rund 544 Millionen Euro für 2025 für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen.

Machen wir uns nichts vor: Die Situation auf dem bayerischen Wohnungsmarkt ist derzeit verheerend. Sie wird immer schlimmer. Durch die Wohnungsknappheit werden die Mieten weiter und weiter steigen. Schon heute ist Mietezahlen zum Armutsrisiko geworden. Man kann das im aktuellen Armutsbericht der Bundesregierung nachlesen. Es muss jetzt gehandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Dass mehr als ein Drittel des Familieneinkommens für Wohnkosten ausgegeben werden muss, ist nicht allein bei einkommensschwachen Familien der Fall. Auch Familien aus der Mittelschicht sind davon betroffen, vor allem in den Ballungsgebieten.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Gross. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

(Beifall bei der SPD)

Sabine Gross (SPD): Ich denke, dass wir die am Ende zulassen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es ist am Ende; Sie sind schon 10 Sekunden drüber.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sabine Gross (SPD): Okay.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Striedl, bitte.

Markus Striedl (AfD): Frau Kollegin, Sie haben gerade gesagt, dass Sie hier in Bayern laut Statistischem Bundesamt einen Anstieg der Bevölkerung erwarten. Wir haben in Deutschland aber eine Geburtenrate von gerade einmal 1,6 pro Frau. Wie erklären Sie sich denn diesen Anstieg der Bevölkerung? Wäre es vielleicht durchaus sinnvoll, diesen Anstieg zu begrenzen und damit für die Bürger in Bayern günstigen Wohnraum zu schaffen?

(Ruth Müller (SPD): Wieder ein Rechter!)

Sabine Gross (SPD): Es ist nun mal so, dass viele Menschen aus anderen Bundesländern nach Bayern ziehen wollen.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig, die wissen, wo es gut ist!)

Die 600.000 sind auch nicht meine Erfindung, sondern das ist die Hochrechnung vom Landesamt für Statistik. Sollen wir denen also verwehren, dass sie hierherkommen?

(Michael Hofmann (CSU): Können wir gar nicht! – Martin Wagle (CSU): Warum kommen sie?)

Wir können nicht sagen, dass die 600.000, wie Sie es jetzt unterstellen wollen, arme Flüchtlinge sind. Es sind Leute aus dem europäischen Ausland. Es sind natürlich auch Migranten dabei, aber bei Weitem nicht in der Überzahl.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD: Ja, ja)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Gross. – Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Baumgärtner für die CSU-Fraktion.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein lieber Bauminister, herzlichen Glückwunsch: ein Haushalt der gehaltenen Versprechen, ein Haushalt der Verlässlichkeit, das völlige Gegenmodell zu dieser katastrophalen Regierung in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke herzlich für die gute fraktionsübergreifende Zusammenarbeit im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr. Lieber Kollege Mistol, das, was ich heute hier hören musste, ist bei Weitem nicht das, was wir im Ausschuss diskutieren. Ich habe eher den Eindruck, dass Ihnen die Fraktionsreferenten die Reden aufgeschrieben haben – was man halt gerade so aus dem bayerischen Boulevard zusammenstiehlt.

Eine Milliarde für Wohnraumförderung in Bayern – das ist ein gehaltenes Versprechen. Es ist verlässliche Politik, und es schafft im Jahr 9.000 Wohnungen in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Was mich so erschreckt: dass die Fachpolitiker im Wesentlichen die finanzielle Ausstattung kritisieren, obwohl alle wissen, dass der Wohnungsbau im Kern mitnichten das Problem der finanziellen Ausstattung hat.Wir haben die Herausforderung einer hohen Inflationsrate. Verantwortlich dafür ist Ihre katastrophale Wirtschaftspolitik in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Ich glaube, dass Herr Putin dafür verantwortlich ist!)

Die Herausforderung für den Wohnungsbau in Deutschland sind die fehlenden Fachkräfte. Wer ist für die Fachkräfte zuständig? – Die Bundesregierung mit einer sinnvollen Einwanderungspolitik und Fachkräftegewinnung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Wir packen es im Gegensatz zu Ihnen an!)

Wir haben in Deutschland ein hohes Zinsniveau. Wer ist für dieses hohe Zinsniveau verantwortlich? – Die katastrophale Regierung in Berlin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Stundenlang könnte ich aufzählen, warum es mit dem Wohnungsbau in Deutschland und in Bayern nicht klappt. Ich will es Ihnen mit einem Wort sagen: weil Sie dieses Land in den Abgrund regieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Einmal vor der eigenen Tür kehren! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Nehmen Sie doch mal Ihre eigene Verantwortung wahr! – Volkmar Halbleib (SPD): Politischer Aschermittwoch!)

– Sie können sich nachher zu Wort melden und mir ein paar Fragen stellen. Dann würde ich die beantworten, und dann habe ich Sie aus- und weitergebildet, mein lieber SPD-Chef.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Sehr billig!)

Wir haben in diesem Ausschuss gemeinsam vereinbart, dass wir das studentische Wohnen in Bayern nach vorne bringen wollen. Das werden wir mit diesem Haushalt auch tun.

Wir streben perspektivisch eine Quote von 15 % an, und wir werden in dieser Legislaturperiode die 11 % erreichen. 300 Millionen Euro für den studentischen Wohnungsbau neben der High-Tech-Offensive der Staatsregierung sind in Deutschland vorbildlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Und noch mehr heiße Luft!)

SPD und GRÜNE haben den Haushalt in der Frage der Staatsstraßen im Ausschuss noch gelobt. Wir investieren 500 Millionen Euro und sind damit am Ziel. In einer Generation werden wir jeden Kilometer in Bayern sanieren. Wir haben klar und deutlich formuliert, dass wir von den 500 Millionen Euro an Investitionsmitteln 300 Millionen Euro in den Bestand investieren und 200 Millionen Euro für den notwendigen Neubau ausgeben wollen. Die, die hier sagen, wir wollen in Bayern keinen Neubau mehr, sind die Großstadtbonzen, die alles haben. Ich rede hier von notwendigen Ortsumfahrungen und von notwendigen Staatsstraßen, um auch Restbayern wirtschaftlich auf das Niveau der Ballungszentren zu bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen haben wir in diesem Topf 50 Millionen Euro organisiert, um innovativ zu sein. Auch die CSU ist davon überzeugt, dass wir nicht mehr jede Ortsumgehung brauchen. Manchmal ist es wichtig, dass wir das eine oder andere Haus zum Abriss kaufen. Die Organisation von Schallschutzmaßnahmen und dergleichen mehr wird

wichtig sein. Das, was wir im bayerischen Staatsstraßenbau machen, ist nicht nur vorbildlich, es ist in höchstem Maße auch innovativ, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will mich hier nicht in Rage reden,

(Heiterkeit)

aber, Kollege Mistol, wenn ich höre, dass Sie Bahnen reaktivieren wollen, kann ich Ihnen nur sagen: Dort, wo Bahnreaktivierungen sinnvoll sind, machen wir es.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Dann macht es halt!)

Glauben Sie mir aber, jeder Elektrobus und im Übrigen auch jeder Dieselbus im ländlichen Raum ist ökologisch und ökonomisch sinnvoller als die eine oder andere Reaktivierung von Bahnstrecken, auf denen in einem Großzug gerade einmal zwei Menschen von A nach B transportiert werden, sofern es dort überhaupt Schienen gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, herzlichen Glückwunsch an die Staatsregierung für diesen brillanten Haushalt. Bayern geht vorwärts. In einiger Zeit organisieren wir das auch auf Bundesebene, dann klappt es auch wieder mit dem Wohnungsbau. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Abgeordnete Anna Rasehorn überreicht dem Redner ein Hustenbonbon)

– Das ist aber nett. Ich bin halt ein Typ der Frauen. Ich sage es einfach so.

(Beifall und Heiterkeit)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Bernreiter um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich auch bei den Einsatzkräften ganz herzlich bedanken. Sie sind aktuell draußen noch schwer im Einsatz. Die Scheitelwelle läuft gerade mitten durch Niederbayern, durch meine Heimat. Für mein Haus kann ich versprechen, dass wir die Infrastruktur, die Staatsstraßen, dort, wo etwas kaputtgegangen ist, schnellstmöglich wiederherstellen. Der Kollege Füracker hat mit seinem Haushalt dafür gesorgt. Mit unserem gestrigen Beschluss im Kabinett haben wir auch dafür gesorgt, dass wir die Wiederherstellung der Kommunalstraßen unterstützen und dafür geradestehen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte mich ganz herzlich bei den Einsatzkräften draußen vor Ort bedanken, aber auch bei der Bevölkerung dafür, dass sie sehr besonnen handelt. Wir haben leider schwierige Tage und Stunden hinter uns.

Meine Damen und Herren, wir sind für viele Investitionen in unserem Haushalt zuständig. Gerade ist zum Ausdruck gekommen, dass wir sehr gut vorankommen, während in Deutschland der Wohnungsbau und die Bauwirtschaft insgesamt in einer tiefen Krise stecken. Das, was ich mir von Frau Kollegin Gross gerade angehört habe, wären insbesondere Hinweise an die Frau Bundesbauministerin und an die Bundesregierung. Dort könnte man viel tun. Wir hätten 70.000 Wohnungen in Bayern versprochen, die der Freistaat Bayern baut. Man muss aber auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass insgesamt 70.000 Wohnungen gebaut werden können. Die Bundesregierung und der Bundeskanzler haben 400.000 Wohnungen versprochen. Das Ziel wurde weit verfehlt – ich komme nachher noch darauf –, aber wir handeln hier entschlossen.

Ich bin auch stolz darauf, dass wir im letzten Jahr – –

(Florian von Brunn (SPD): Auf was?)

– Ich komme gleich darauf. Hören Sie zu, dann lernen Sie etwas. Der Kollege Baumgärtner hat es Ihnen gerade gesagt.

Mit dem Wohnbau-Booster Bayern und dem bayerischen Baukonjunkturprogramm haben wir am 16. Januar 2023 rechtzeitig für Stabilität im Wohnungsbau gesorgt. Der frei finanzierte Wohnungsbau ist tot. Ausschlaggebend dafür und schuld daran ist Ihre Politik, die in Berlin gemacht wird. Viele Projekte wären ohne unsere Programme gar nicht gestartet worden. In unserem Doppelhaushalt 2024/2025 setzen wir diesen Kurs konsequent fort. Wir sind und bleiben die Gestalter Bayerns. Wir steigern unsere Investitionen für Wohnen, Bau und Verkehr und stehen als Freistaat für Sicherheit und Verlässlichkeit.

Meine Damen und Herren, wir dürfen aber auch nicht verkennen, dass wir uns jetzt im vierten Jahr in Folge mit besonderen Herausforderungen abzumühen haben. Erst hatten wir Corona, dann seit zwei Jahren den Krieg in der Ukraine. Hinzu kommen ein immer stärkerer Populismus und radikale Kräfte, die Frieden und Stabilität in Deutschland und Europa bedrohen. In diesen unruhigen Zeiten müssen wir geschlossen und entschlossen handeln und tun das auch. Die Politik bekommt dann das Vertrauen der Menschen, wenn sie Probleme pragmatisch löst.

In den letzten Jahren haben die Preissteigerungen unsere Bürgerinnen und Bürger und auch die Wirtschaft und die öffentliche Hand massiv belastet. Ich nenne die deutlich gestiegenen Finanzierungskosten, die Lieferengpässe und den Fachkräftemangel, die viele Projekte erschweren. Der Bund entzieht sich seiner Verantwortung, verunsichert die Menschen mit seiner kurzsichtigen Planung und mit den plötzlichen Förderstopps. Die Politik der Ampel-Regierung ist getrieben von Ideologie.

(Florian von Brunn (SPD): Und Bayern macht alles richtig, oder?)

Wir sind ein verlässlicher Partner der Wirtschaft, das kann ich Ihnen nur bestätigen. Ihre Politik geht meilenweit an den Bedürfnissen der Menschen vorbei und schadet

der Wirtschaft. Nach einem goldenen Jahrzehnt ist Deutschland wieder das ökonomische Schlusslicht in Europa. Das ist sehr, sehr traurig.

Die Länder, auch Bayern, können nicht alle Versäumnisse der Bundesregierung auffangen. Wir tun das, was wir können, und stellen uns konsequent den Herausforderungen. Wir steigern das Investitionsbudget für Wohnen, Bau und Mobilität. Wir setzen auch die richtigen Schwerpunkte und unterstützen unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ich möchte mich ganz herzlich bei unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und beim Finanzminister Albert Füracker bedanken. Sie haben uns das Go dafür gegeben, dass wir auch in schwierigen Zeiten große Zukunftsaufgaben anpacken können. Ich bedanke mich ausdrücklich, lieber Albert Füracker, bei deinen Partnern und Freunden, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, dafür, dass das auch möglich ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns den Haushalt an. Wir haben viel vor. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass viele über unsere Situation froh wären. Wir werden diese Woche einen Doppelhaushalt verabschieden und damit bis Ende nächsten Jahres Planungssicherheit haben. Das Gesamtvolumen ist bereits angesprochen worden. Es steigt heuer auf rund 6,3 Milliarden Euro und im nächsten Jahr sogar auf 6,7 Milliarden Euro. Das sind heuer rund 309 Millionen und im nächsten Jahr 367 Millionen Euro mehr, und das, obwohl wir im letzten Jahr 1,3 Milliarden Euro mehr gebraucht und auch erhalten haben. Auch dafür noch ein ganz herzliches Dankeschön.

Mit unserem Wohnbau-Booster Bayern investieren wir in den beiden Haushaltsjahren jeweils über 1,1 Milliarden Euro in die Wohnraumförderung. Ich weiß nicht, wo Sie gelesen haben, dass ich die Bundesförderung, obwohl ich als Vorsitzender der Bauministerkonferenz selbst darüber verhandelt habe, verschwiegen hätte.Aber von den 1,1 Milliarden Euro sind 618 Millionen Euro Landesmittel. Damit sind wir neben Hamburg das einzige Land an der Spitze, das eine solche Quote überhaupt erfüllen kann. Das möchte ich klar herausstellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Alle anderen Länder können teilweise nicht einmal die Quote von 30 % leisten, die für die Kofinanzierung gefordert ist, um das Geld überhaupt abrufen zu können. Dazu haben wir für das laufende Jahr on top noch über 87 Millionen Euro für das beliebte und sehr gut in Anspruch genommene Bayern-Darlehen zur Verfügung. Wir stemmen uns also gegen den Einbruch am Wohnungsmarkt, wo es geht, und bleiben verlässlicher Partner für die Menschen und auch für die Baubranche.

Ich möchte die Städtebauförderung erwähnen. Wir haben heuer rund 320 Millionen Euro zur Verfügung, im nächsten Jahr 316 Millionen Euro. Davon sind 217 Millionen Euro bzw. 215 Millionen Euro Landesmittel. Wir stehlen uns da also nicht aus der Verantwortung.

Die Zahlen für die Mobilität sind genannt worden. Die Zahlen sind auch im Vergleich gigantisch. Ich höre jetzt wieder "die Staatsstraßen" oder "Schichtet um von der Staatsstraße zur Mobilität". Für Mobilität geben wir heuer 3,3 Milliarden Euro und nächstes Jahr 3,5 Milliarden Euro aus. 2,3 Milliarden Euro bzw. 2,4 Milliarden Euro fallen da für den Schienenpersonennahverkehr an, 635 Millionen Euro einschließlich des Bundesanteils für das Deutschlandticket und 27 Millionen Euro für Tarifstrukturmaßnahmen für einen nachhaltigen ÖPNV.

Ich kann nur sagen: Unser Doppelhaushalt setzt die richtigen Prioritäten. Wir fördern unsere Städte und Ballungsräume, stärken aber gleichzeitig – das ist mir besonders wichtig – den ländlichen Raum. Beide zusammen machen Bayern attraktiv und erfolgreich.

Der Bund vernachlässigt die Infrastruktur. Leider hat die Ampel-Regierung kein Gespür für die Regionen und verschließt die Augen vor den Herausforderungen. Deutschland – leider muss ich das sagen, es tut mir in der Seele weh – steht vor einem Verkehrskollaps auf der Schiene, auf der Straße und beim ÖPNV. Ich kann Ihnen das sagen. Als Sprecher der unionsgeführten Länder in der Verkehrsminister-

konferenz erlebe ich gerade, wie der Bund seine Pflichten beim Thema Verkehr total auf die Länder abwälzen möchte.

(Zuruf von der SPD: Scheuer lässt grüßen!)

– Bundesfinanzminister Scholz war da hauptsächlich verantwortlich, möchte ich nur sagen.

(Beifall bei der CSU)

Statt mehr Geld für die Infrastruktur gibt es ein Milliardenloch bei der Autobahn GmbH und auch bei uns beim Bundesstraßenetat. Ich muss das klar sagen. Wir haben fertig geplante Bundesstraßen, bekommen aber keine Planungsfreigabe. Ich könnte das jetzt weit ausführen, die Zeit habe ich aber leider nicht. Statt notwendiger Investitionen in die Schiene können wir überall Chaos beim Deutschlandtakt und bei den Streckensanierungen finden. Statt der Unterstützung für die Verkehrswende gibt es überall Förderstopps.

Ich kann nur sagen, dass der Bund ausgerechnet bei der Schieneninfrastruktur mauert. Das zeigt sich auch bei der Novelle des Bundesschienenwegeausbaugesetzes. Von dem Gesetz träume ich schon. Ich war jetzt der Co-Vorsitzende der informellen Arbeitsgruppe zum BSWAG-Vermittlungsausschuss und bin es noch. Wir haben uns in zig Sitzungen ausgetauscht. Bayern muss für die Aufgaben des Bundes und aller anderen Länder bluten. Das muss ich ganz klar sagen. Ich bin gespannt, wie das ausgehen wird. Ich kann Ihnen nur sagen: Das wird herausfordernd.

Herr Kollege Mistol, Sie haben da einiges gesagt, was wir alles machen sollen. Organisieren Sie sich mal eine Nachhilfe – nicht bei mir. Ich empfehle Ihnen meinen Kollegen, Ihren Parteifreund Winne Hermann aus Baden-Württemberg. Der kann Ihnen bis ins Detail erklären, was alles auf uns zukommen wird.

Wir stehen da Seit an Seit. Die Länderfront steht hier geschlossen, kann ich nur sagen.

(Zurufe von der CSU: Aha! – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

– Ich komme dann noch mal drauf. – Gehen wir zu den Straßen. Die Mobilität ist in einem Flächenland wie Bayern entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg und für die soziale Teilhabe. Darum stellen wir heuer erstmals 500 Millionen Euro an Investitionsmitteln für unsere Staatsstraßen zur Verfügung. Kollege Baumgärtner hat das Notwendige dazu gesagt. Mit mir wird es keinen Kulturkampf gegen das Auto und gegen Straßen geben. Das machen wir nicht mit.

Ich kann Ihnen nur sagen: Die Prognose des Bundes ist nicht unsere. Zuerst ist die Prognose zum Güterverkehr veröffentlicht worden. Ich bin doch länger im Geschäft: Ich habe bisher immer erlebt, dass eine jede Prognose von der Wirklichkeit übertroffen wurde. Das ist immer angezweifelt worden. Immer war das Gegenteil der Fall. Der Bund prognostiziert, dass der Güterverkehr in den nächsten Jahren um 54 % steigen wird.

(Martin Wagle (CSU): Hört, hört!)

Der Parlamentarische Staatssekretär, der Beauftragte der Bundesregierung für den Bahnausbau, der Staatssekretär Theurer, kann sehr gut rechnen. Darum geht er jetzt zur Bundesbank. Er hat festgestellt, dass wir erst Mitte der 2050er-Jahre namhaft Verkehr auf die Schiene verlagern werden können. Das lässt alle Alarmglocken schrillen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Zwölf Jahre CSU-Verkehrsminister auf Bundesebene! – Zurufe von der CSU)

– Steinbrück, Schäuble und Scholz waren in der Zeit die Finanzminister. Das möchte ich mal ganz klar sagen.

(Beifall bei der CSU)

Um diesen Verkehr überhaupt bewältigen zu können, brauchen wir eine verlässliche Straßeninfrastruktur. Wir werden in Bayern, wo wir Verantwortung tragen, dafür sorgen.

Jetzt zum Schienenpersonennahverkehr. Ich habe die Zahlen genannt. Schauen wir uns das mal an: 2,3 Milliarden Euro bzw. 2,4 Milliarden Euro geben wir in Bayern für den Schienenpersonennahverkehr aus. Hierfür setzen wir 1,7 Milliarden Euro bzw. 1,8 Milliarden Euro an Regionalisierungsmitteln ein. Eigentlich wurden die Regionalisierungsmittel dafür geschaffen, Schienenpersonennahverkehr zu bestellen. Wir brauchen aber zusätzlich 153 Millionen Euro bzw. 150 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen aus bayerischen Mitteln. Wir finanzieren sogar Bundesaufgaben wie Barrierefreiheit von Bahnhöfen freiwillig mit – Aufgabe des Bundes. Hier stellen wir heuer 53 Millionen Euro und nächstes Jahr sogar 61 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir haben eine Bayerische Elektromobilitätsstrategie. Wir treiben die Elektrifizierung voran. Auch da investieren wir in Bundesinfrastruktur. Wir intensivieren unsere MACH2-Initiative für mehr Zweigleisigkeit und damit für mehr Kapazität im bayerischen Bahnnetz.

Wir investieren auch in das Deutschlandticket. Ich bin entsetzt – das ist heute noch gar nicht angesprochen worden –: Im letzten Jahr, am 9. November, hat es eine Ministerpräsidentenkonferenz gegeben. Der Bundeskanzler hat versprochen – dazu gibt es einen Beschluss, den jeder nachlesen kann –, dass die Mittel für das Deutschlandticket, die 2023 nicht verbraucht werden, auf 2024 und folgende Jahre übertragen werden. Dazu gibt es bis heute keinen Beschluss. Die Länderkollegen sind alle nervös. Ich bin relativ relaxed, weil ich das Geld Gott sei Dank in der Kasse habe. Ich gebe es auch nicht raus. Bis heute gibt es keinen Beschluss des Bundeskabinetts. Ich bin gespannt. Es ist zugesagt, dass der Beschluss bis Juli kommen soll. Wenn das Geld nicht kommt, steigt der Preis für das Deutschlandticket heuer. Die anderen sind ziemlich nervös und auch sauer. Ich sage: In welchem Land leben wir eigentlich, wenn eine Zusage eines Bundeskanzlers nichts mehr wert ist?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt für alle, die hier von Ausweitung des Angebots, Reaktivierung und sonst was träumen: In der letzten Verkehrsministerkonferenz wurde uns ein Gutachten des BMDV, des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr, vorgelegt. Bis zum Jahr 2031 – das ist ein Gutachten des Bundes – fehlen 40 Milliarden Euro an Regionalisierungmitteln. Wissen Sie, was das bedeutet? – Wir bestellen Verkehre ab. Schleswig-Holstein ist dabei. Die haben eine riesige Diskussion.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Kriminell handeln und dann uns beschuldigen, wenn man es euch nachweist!)

– Das ist "super"! – Die Regionalisierungsmittel waren nicht enthalten. Schleswig-Holstein diskutiert Abbestellungen im großen Stil. Alle anderen Länder müssen folgen, wenn der Bund hier nicht liefert. Ich muss das ganz klar sagen. Ich kann Ihnen noch sagen: Für das Bundesschienenwegeausbaugesetz, falls es im Vermittlungsausschuss beschlossen wird und dann vom Bundesrat beschlossen wird, werden wir tief in die Tasche greifen müssen. Wir werden dann Infrastruktur auf den Hochleistungskorridoren haben und vielleicht Digitalisierung, aber wir haben dann keine Züge mehr, die wir fahren lassen können. Das ist die Wahrheit. Ich könnte jetzt noch auf viele andere Themen eingehen.

Ich möchte aber zum Wohnungsbau kommen. Ich habe meine Zeit zwar schon überstrapaziert, aber hierzu muss ich auch noch ein paar Takte sagen. Wir haben die Fördermittel verstetigt. Die werden mir aus der Hand gerissen. Wir werden von allen Verbänden gelobt. Natürlich wäre mehr Geld immer schön. Welcher Verkehrs- und Bauminister würde nicht mehr Geld nehmen? Das muss ich ganz klar sagen. Aber wir stemmen hier diese Aufgaben mit einem Löwenanteil an bayerischen Mitteln.

Auch die Wohnraumförderung in Höhe von 116 Millionen Euro für Studentenwohnheime und Ausbildungsheime wurde mir letztes Jahr und wird mir auch heuer aus der

Hand gerissen. Das ist sehr gut investiert. Zu der Frau Kollegin von der SPD, die vorher gesagt hat, eigentlich müssten bei der Studentenstadt schon die Bagger rollen: Ich weiß nicht, wo Sie das gelesen haben. Die Ausschreibung ist heuer im Hause vergeben worden. Wir sind vor dem Zeitplan. Auch da investieren wir und werden das bis 2028 schaffen. Kollege Baumgärtner und ich haben uns gestern unterhalten: Wir werden viele Studentenwohnheimplätze schaffen können mit unserer Förderung. Das Zinsverbilligungsprogramm wird angenommen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Abschluss möchte ich noch etwas zu Ihren Attacken auf die BayernHeim sagen: Frau Schulze ist nicht da. Ich weiß nicht, wo die rumfährt. Ich lade sie gern mal ein, dass wir Baustellen besichtigen. Sie sagt nämlich, die Wohnungen existierten nur auf dem Papier. Die BayernHeim stabilisiert die Bauwirtschaft. Ich erhalte da auch großen Dank. Mit unseren drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften bauen wir derzeit 4.000 Wohnungen. Allein bei der BayernHeim sind es 2.500. Ich habe immer gesagt, bis 2025 – und das Jahr 2025 geht bei mir bis zum 31. Dezember – werden wir die Verträge für 10.000 Wohnungen unter Dach und Fach haben. Wir werden sie nicht fertig haben. Das habe ich immer eingeräumt; aber wir sind auf einem sehr guten Weg.

Ich kann nur sagen: Auch das stützt die Bauwirtschaft, und ich erhalte aus diesem Bereich auch viel Dank. Wir haben auch Erlaubnisse für einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilt; denn mir blutet das Herz, wenn die Bauwirtschaft darniederliegt, wenn sogar die Fachkräfte aus der Branche abwandern. Wir haben dafür gesorgt und wir werden in der Woche, wenn der Haushalt beschlossen ist, die Mittel ausreichen und auch die Erlaubnisse für einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn nach dem Haushaltsrecht an die Haushaltsansätze anpassen. Wir sorgen dafür, dass es vorangeht. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind in Anbetracht der äußeren Umstände sehr gut unterwegs. Dieser Doppelhaushalt ist ein Stabilitätsanker in unruhiger Zeit. Sie geben mir damit die Grundlage für unsere vielfältigen Projekte.

Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit. Ich möchte mich für diesen großartigen Einsatz ganz herzlich bedanken. Lassen Sie uns Bayern weiterbauen und weiterbewegen. Ich möchte mich beim Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr und auch beim Haushaltsausschuss für die sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ich stehe da immer gerne für Fragen zur Verfügung. Ich bitte Sie, dem Haushaltsplan in meinem Geschäftsbereich zuzustimmen und uns die Grundlage dafür zu geben, dass wir Bayern weiter voranbringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Florian von Brunn, vor.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Minister Bernreiter, erstens zum Thema Verkehr: Ich finde es, wenn man Verkehrsminister wie Alexander Dobrindt und vor allem Andreas Scheuer gestellt hat und wenn man die Stammstrecke komplett an die Wand gefahren hat,

(Robert Brannekämper (CSU): An die Wand gefahren? – Nichts an die Wand gefahren! So ein Unsinn!)

wenig passend, dass Sie jetzt andere dafür kritisieren. Räumen Sie erst mal auf, was Sie selbst angerichtet haben, zum Beispiel bei der Stammstrecke.

Das Zweite ist: Wir hören jetzt seit Jahren immer die gleichen Versprechungen bezüglich des Wohnungsbaus. Sie sind jetzt ungefähr zwei Jahre im Amt. Am 4. Juni 2022 haben Sie Ihr Amt angetreten.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Am 22. Februar.

Florian von Brunn (SPD): Am 22. Februar sogar schon? – Okay, dann ist es sogar noch länger. Ich kann eigentlich nicht erkennen, was Sie in Ihrer Leistungsbilanz stehen haben;

(Martin Wagle (CSU): Das ist eine Unverschämtheit!)

aber was Sie gelernt haben – ich habe Sie mal als zupackenden Landrat in Niederbayern kennengelernt – hier in dieser CSU-Landtagsfraktion, ist, mit dem Finger nach Berlin zu zeigen und selbst keine Verantwortung zu übernehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU))

Wissen Sie, ich glaube Ihnen erst bezüglich all dieser Wohnungen, von denen es heißt, Sie hätten sie auf den Weg gebracht, wenn sie bezugsfertig dastehen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Martin Wagle (CSU): Gott sei Dank!)

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich bin in einem Alter, in dem ich mich nicht jeden Tag irgendwo hinstellen muss und Lob von Ihnen einfahren möchte. Das wäre, glaube ich, sowieso falsch. Wir haben die Stammstrecke gerichtet, sodass es passt. Die ist auf einem sehr guten Weg. Die braucht nicht nur das Münchner Umland, sondern die ist für ganz Bayern notwendig. Ich glaube, da haben wir für Klarheit gesorgt. Der Vertrag ist unterschrieben. Da kommen wir sehr gut voran.

Bei den Wohnungen sind wir auch sehr gut vorangekommen. Ich zeige nicht nach Berlin, wenn es nicht notwendig ist; aber die entscheidenden Weichenstellungen beim Wohnungsbau erfolgen in Berlin. Da wurden katastrophale Fehler gemacht. Darum liegt die Bauwirtschaft darnieder, so wie es leider der Fall ist. Wir haben Tausende von Vorschlägen gemacht, hätte ich bald gesagt.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben in Bayern zu wenige Wohnungen gebaut!)

Ich bin da auch in engem Austausch mit der Frau Bundesbauministerin. Die würde gerne viel aufnehmen, darf sie aber nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Wie gesagt: Ich hoffe, dass wir das nächstes Jahr wieder so hinbringen, dass wir für einen Schub im Wohnungsbau sorgen können.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/884 mit 19/934, 19/1128, 19/1150, 19/1151 und 19/1511 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2063.

Zunächst kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sonderinvestitionsprogramm öffentlich geförderter Mietwohnungsbau – Wohnen muss bezahlbar sein" auf Drucksache 19/904. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:25 bis 19:28 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir warten ganz kurz, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 19:28 bis 19:29 Uhr)

Ich darf um Ruhe bitten. – Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sonderinvestitionsprogramm öffentlich geförderter Mietwohnungsbau – Wohnen muss be-

zahlbar sein" auf Drucksache 19/904 bekannt. Mit Ja haben 34 Abgeordnete gestimmt, Nein-Stimmen gab es 119, Enthaltungen keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 26)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09 selbst. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 19/2063, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt.

(Siehe Anlage 27)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> "Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2063, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/926 mit 19/934, 19/1128, 19/1150, 19/1151 und 19/1511 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 09 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Sonderinvestitionsprogramm öffentlich geförderter Mietwohnungsbau - Wohnen muss bezahlbar sein (Kap. 09 04 neuer Tit.) (Drucksache 19/904)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried			
Becher Johannes			
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian		X	
Birzele Andreas	X		
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra			
Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela		X	
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel			
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	34	119	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt **13**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Energetische Sanierung staatlicher Gebäude beschleunigen
   (Kap. 09 03 Tit. 701 60)
   Drs. 19/884

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Schwimmbadsterben beenden – unsere Kinder müssen schwimmen lernen
   (Kap. 09 03 Tit. 883 05)
   Drs. 19/885

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Bayerische Wohnungsmilliarde
   (Kap. 09 04 Tit. 863 69)
   Drs. 19/886

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Wohnraumförderung – Energetische Modernisierung und barrierefreien Umbau unterstützen sowie Sozialbindung verlängern
   (Kap. 09 04 Tit. 893 03)
   Drs. 19/887

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende schaffen
   (Kap. 09 04 Tit. 893 68)
   Drs. 19/888

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Bayerische Städtebauförderung ausbauen
   (Kap. 09 05 Tit. 883 88)
   Drs. 19/889

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mobilitätswende in Bayern voranbringen – Radverkehr stärken
   (Kap. 09 06 Tit. 883 81)
   Drs. 19/890

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Barrierefreien Ausbau von bayerischen Bahnhöfen beschleunigen
   (Kap. 09 06 Tit. 891 52)
   Drs. 19/891

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket für den ÖPNV
   (Kap. 09 06 neue TG)
   Drs. 19/892

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Ausbau flächendeckender Verkehrsverbünde voranbringen
    (Kap. 09 06 Tit. 894 70)
    Drs. 19/893

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Mobilitätswende voranbringen – Fußgängerverkehr fördern
    (Kap. 09 06 neue TG)
    Drs. 19/894

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket
    (Kap. 09 06 neue TG)
    Drs. 19/895

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Bayerisches Sozialticket für Bedürftige
    (Kap. 09 06 neue TG)
    Drs. 19/896

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Einführung eines Bayerischen 29-Euro-Tickets
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 19/897

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Mehr Züge für einen attraktiveren SPNV
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 19/898

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes beschleunigen
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 19/899

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Arbeit der Staatlichen Bauämter mit Personal unterstützen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)
Drs. 19/900

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 19/901

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Versprechen einhalten – Förderung für Bädersanierung deutlich aufstocken
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)
Drs. 19/902

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Studentenstadt München erweitern – Machbarkeitsstudie erstellen und Wohnraum für Studierende schaffen
(Kap. 09 04 Tit. 537 01 u. 893 68)
Drs. 19/903

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Sonderinvestitionsprogramm öffentlich geförderter Mietwohnungsbau – Wohnen muss bezahlbar sein
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 19/904

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Fuß- und Fahrradfreundliche Kommunen noch besser unterstützen
(Kap. 09 06 Tit. 686 80)
Drs. 19/905

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Streckenreaktivierungen fördern
(Kap. 09 06 Tit. 892 54)
Drs. 19/906

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Vorplanungen für den Ausbau der S 1 zwischen München und Freising
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 19/907

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Sanierung vor Aus- und Neubau der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 19/908

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 09 02 Tit. 422 01)
Drs. 19/909

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 09 02 Tit. 533 49)
Drs. 19/910

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 09 02 Tit. 701 11)
Drs. 19/911

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive I – Zur Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)
Drs. 19/912

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive II – Zur Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)
Drs. 19/913

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive III – Zur Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)
Drs. 19/914

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive IV – Zur Verstärkung der Mittel für den Bau von Ladesäulen an staatlichen Dienststellen
(Kap. 09 03 Tit. 701 63)
Drs. 19/915

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I
(Kap. 09 04 Tit. 883 01)
Drs. 19/916

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II
(Kap. 09 04 Tit. 883 11)
Drs. 19/917

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Modellprojekt 3D-Gebäudedruck im sozialen Wohnungsbau
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 19/918

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 19/919

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zukunftsfragen des Wohnens und der Mobilität sowie des demografischen Wandels
(Kap. 09 05 Tit. 547 01)
Drs. 19/920

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 19/921

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Radoffensive: Bau von Radverkehrsanlagen
(Kap. 09 06 Tit. 770 80)
Drs. 19/922

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Klimabusse
(Kap. 09 06 Tit. 893 60)
Drs. 19/923

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Deutschlandticket
(Kap. 09 06 TG 64)
Drs. 19/924

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 19/925